

HELMUT BOCK

Was tun?

Russlands Februarrevolution und Lenins »April-Thesen«

Ganz so hinterwaldlerisch, wie die Zeitrechnung des alten Julianischen Kalenders vermuten ließ, war Russland nicht. Es war der Internationale Frauentag, an dem Arbeiterinnen und Familienmutter in Petrograds Vyborger Seite auf die Straße und in die Fabriken gingen. »Brot!« war die soziale Forderung, mit der sie Rustungsarbeiter und andere Proletarier zur Solidarität riefen und sich zum Protestzug formierten. Noch aber blieben Demonstration und Streik an diesem 23. Februar, also 8. März 1917, auf das rechte Newaufer beschränkt. Noch sperrten Polizeitruppen die Brücken, die zum Zentrum der russischen Hauptstadt führten.¹

Am zweiten Tag entbrannte der Protest auch in anderen Stadtteilen. Unter der Führung von Obleuten bildeten sich erste betriebliche Arbeiterkomitees. Bis zum Abend streikten rund 21 000 Arbeiter, zogen Kolonnen mit sichtlich radikaleren Losungen über den Newskij-Prospekt und vor die Paläste: »Brot!« – »Nieder mit der Selbstherrschaft!« – »Schluss mit dem Krieg!« Das regierende Ministerkabinett aber blieb in der Vorstellung befangen, dies alles sei nur eine Hungerrevolte, der mit außerordentlicher Verteilung von Lebensmitteln zu begegnen wäre.

Am dritten Tag beherrschte der Generalstreik die Stadt. Zar Nikolaus II., der sich im fernen Armeehauptquartier zu Mogiljow befand, erteilte dem Kommandanten Petrograds telegrafisch den Schiebefehl. Es gab ein Ereignis, das die martialischen Absichten verzorgerte: Als Kosaken den wiederum auf dem Newskij-Prospekt aufziehenden Demonstranten entgegenritten, lief eine Frau aus der Menge hervor und reichte dem anfuhrenden Offizier einen Strauß roter Rosen. Die Schwadronen des Zaren, seit langem berichtigt für staatsterroristische Einsätze gegen Zivilisten, sympathisierten mit der jubelnden Masse. Die Nachricht lief wie ein Lauffeuer durch die Stadt.

Dennoch fanden sich am vierten Tag Gardetruppen bereit, ihre Waffen gegen das Volk einzusetzen. Blut floss auf Petrograds Straßenpflaster. Dies aber bewirkte das ganze Gegenteil der Unterdruckungsstrategie: Denn am fünften Tag begann die massenhafte Fahnenflucht, darunter selbst Offiziere und Soldaten, die sich für das blutige Gemetzel hergegeben hatten. Auf der Brücke nach Vyborg verbruderten sich die Truppen mit Aufständischen, und in denselben Stunden bildete sich der Petrograder Sowjet, in dessen Exekutivkomitee verschiedene Revolutionäre gewählt wurden: sechs Menschewiken, zwei Sozialrevolutionäre, zwei Bolschewiken und fünf Parteilose. Am

Helmut Bock – Jg. 1928; Prof. em. Dr. phil. habil.; Historiker, Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS und der Leibniz-Sozietät. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Napoleon Bonaparte. Von Widerspruch und Unfrieden eines burglichen Hegemonial-systems, Heft 194 (Dezember 2006). Nebenstehender Beitrag erscheint aus Anlass des 90. Jahrestages der »April-Thesen« Lenins.

1 Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 64 ff.

Abend bekannte der Stadtkommandant seine Machtlosigkeit. Sämtliche Minister erklärten ihren Rücktritt von der Regierung.

Es sollen etwa 127 000 Soldaten gewesen sein, viele Bauern im Waffenrock, die auf die Seite der rebellischen Hauptstädter wechselten. So entzog sich das regionale Militär der Befehlsgewalt des Zarentums – und eben das machte den Volkswiderstand zum siegreichen Februarmsturz. Am 2./15. März erfolgten die Abdankung des Zaren und der Thronverzicht seines Bruders. Erst jetzt konstituierte sich eine bürgerlich-liberale Regierung, die allerdings nur provisorisch war. Das Volk Petrograds, das die Empörungen spontan begonnen hatte, opferte für den Machtwechsel 433 Tote und 1 136 Verwundete.² Sein Sieg jedoch fand in Moskau, vielen weiteren Regionen und zumal an der Front zunehmend großen Widerhall.

2 Ebenda, S. 72.

Charakter der Revolution

Auf die Frage, wer die Februarrevolution ganz Russlands »gemacht« habe, antwortete der Volkssozialist W. A. Mjakotin in Frühjahr 1917: Zweifel an der bedeutenden Rolle des Proletariats könnte es nicht geben, es habe die Erhebung begonnen, wie schon 1905, aber »diesen Kampf nicht allein geführt«. Erst als sich die Bauernschaft und die revolutionäre Intelligenz anschlossen, »erzitterte die Zarenmacht«. Im »letzten Moment« hätten dann auch »bürgerliche Schichten einen bescheidenen Anteil« genommen. Diese sozial breit gefächerte Umsturzbeziehung sei demzufolge keine »proletarische« Revolution. Sie sei jedoch auch keine »rein bürgerliche« Revolution, »weil unsere Bourgeoisie« – allzu fest mit der Zarenmacht verbunden – »nicht fähig ist, sie zu vollbringen«. Gewiss habe die »russische werktätige Masse« selbst nicht die Reife, eine »völlig neue soziale Ordnung« zu errichten. Doch sie werde, so prognostizierte der Zeitzeuge, sich auch weiterhin keinesfalls mit der »Zuschauerrolle« begnügen.³ Diese Aussagen konkretisieren den abstrakten Begriff der »bürgerlich-demokratischen Revolution«. Sie machen deutlich, dass die Februarrevolution als ein Resultat von Massenbewegungen zu begreifen ist, deren Sprengkraft mit dem Sturz der altstaatlich-autoritären Macht keineswegs erschöpft war.

3 W. A. Mjakotin: Die Revolution und die nächsten Aufgaben (russ.), Moskau 1917, zit. n. Sonja Striegnitz: Im Revolutionsgeschehen 1917. Sozialrevolutionäre – Wiedergeburt und Positionsbestimmung, in: Wladislaw Hedeler, Horst Schützler, Dies. (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997, S. 97 (im Folgenden: Die Russische Revolution).

Repräsentanten der kapital- und grundbesitzenden Bourgeoisie hatten als Abgeordnete in der zaristisch geknebelten Duma gesessen. Ihr liberaler Flügel ergriff nun das Staatsruder und schien (nach allen Erfahrungen der Geschichte) berufen zu sein, über Russlands Schicksal zu entscheiden. Das neue Regierungskabinett dekretierte liberale Gesetze, vor allem die Koalitions-, Versammlungs- und Pressefreiheit. Eine Amnestie für politisch Verfolgte öffnete die Gefängnistore, ermöglichte die Heimkehr aus Verbannung und Emigration. Die Todesstrafe wurde abgeschafft. Mit der Aufhebung ständischer, ethnisch-nationaler und religiöser Vorrechte stiegen reale Chancen für Menschen- und Bürgerrechte, auch für Selbstbestimmung der Nationen, Religionsfreiheit und Judenemanzipation. Der amtierende Außenminister P. N. Miljukow verhiess eine »parlamentarisch konstitutionelle Monarchie«⁴ – woraus zu folgern war, dass Russland gemäß der historischen Beispiele Frankreichs von 1791 und 1830 mit einem bürgerlich-liberalen Königtum ausgestattet würde.

4 Rede von P. N. Miljukow auf einer Kundgebung im Taurischen Palais, 2. März 1917, in: Ebenda, S. 189 ff.

Aber es war nur zum Teil der Mangel liberalistischer Gesetze, der das Volk auf die Straße trieb. Der aktuelle Urgrund des Massenelends und der Empörungen war alles in allem: der Krieg. Von größter Schwere war daher die Tatsache, dass im Programm der Provisorischen Regierung, die sich mit führenden Menschewiken und Sozialrevolutionären des Petrograder Sowjets (zumeist Anhängern der »Vaterlandsverteidigung«) abstimmte, der Krieg mit Stillschweigen übergangen wurde.⁵ Die neuen Minister, die mit Befehlshoheit fort-dauernden Armeeführer, das traditionelle Offizierskorps und das an der Rüstung interessierte Unternehmertum – sie alle gedachten, den Krieg an der Seite der Ententemächte bis zum »Sieg-Frieden« fort-zusetzen.

Es blieb den Arbeitern des Baltischen Werkes und weiteren Volks-versammlungen überlassen, ein sofortiges Kriegsende einzufordern: »Frieden – ohne Annexionen und Kontributionen!« Diese Losung zerschlug geistig-moralisch den Gordischen Knoten, an dem sämtliche Staatsregierungen auf beiden Seiten der Weltkriegsfronten noch unentwegt knüpften. Sie war 1915 von einem Häuflein konsequen-ter Sozialisten und Internationalisten auf der Zimmerwalder Konfe-renz (Schweiz) in frustrierender Einsamkeit vertreten worden. Jetzt endlich entstieg sie aufgeklärten Arbeiterhirnen und zündete in einer Unzahl von Menschen, nicht zuletzt gepresster, zum Schlachtentod kommandierter Bauernsoldaten.

Verwicklung der Widersprüche

Russlands Situation war seit der Petrograder Erhebung im höchsten Grade verworren und widersprüchlich. Die Institutionen des Staats-apparats waren allenthalben in Frage gestellt. Der Sieg des Volkes hatte ein Vakuum für Aktivitäten geschaffen, die in anderen Ländern infolge des Kriegsrechts undenkbar waren. Arbeiter, Bauern, Land-arme, nicht zuletzt Soldaten und Intellektuelle drängten in den loka-len Lebensräumen und militärischen Standorten zur Selbstorganisa-tion für ihre Interessen: zur Bildung zahlloser Vereine, Komitees und insbesondere von Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. Es waren Vereinigungen, die eine vielfältige Basisdemokra-tie verkörperten – nach Geist und Form keinesfalls nur Anhängsel des besitzbürgerlichen Liberalismus.⁶ Sie waren vergleichbar mit den für konsequente »Volks-souveränität« wirkenden Strömungen der revolutionären Demokratie in allen bürgerlichen Revolutionen seit 1789.

Allerdings widersprachen und vervielfachten sich politische und soziale Interessen in zwei grundverschiedenen Zivilisationsräumen: der kleinen europäisch-städtischen Sphäre und der schlechthin über-wiegenden traditionell-dörflichen Rückständigkeit sowohl westlich als auch östlich des Urals und des Kaspisees. Hier wie dort wurden unabdingliche Forderungen gestellt und radikale Tatsachen geschaf-fen. Sie widerspiegeln die Konflikt-dialektik der begonnenen Revo-lution weit über das Frühjahr 1917 hinaus und sind in einigen Haupt-problemen zu erfassen.

»Schluss mit dem Krieg!« war der akute Massenschrei. Angesichts der militärischen Niederlagen gegen Deutschland und Österreich, der Unzahl von Gefallenen, des Fehlens von Millionen männlicher

5 J. O. Martow über die Kriegsfrage in der Revolu-tion (1926), in: Ebenda, S. 179 ff.

6 Die russischen Historiker P. W. Wolobujew und W. P. Buldakow beurteilen die Februarrevolution und ihre Folgen unter psychosozialen Aspekten: »Entgegen den Vorstellungen der Er-eignis-historiographie erweist sich nicht der ›bolschewis-tische‹ Oktober, sondern der ›demokratische‹ Februar als der kritische Punkt im Jahre 1917. Für die im pater-nalistischen Denken ver-hafteten Massen war die Tat-sache des Sturzes der Macht von außerordent-licher Bedeutung und viel wichtiger als ihre Über-nahme [...]«. Ebenda, S. 52 (Hervorhebung – H. B.).

Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, der Verelendung des Volkes verschärfte der Antikriegsruf den Oppositionsgeist in der ganzen Gesellschaft. Er schürte das Misstrauen gegen die Provisorische Regierung, nährte die Bereitschaft zu weiteren Demonstrationen, bewirkte die Gründung der Soldatensowjets und die vom Petrograder Sowjet beschlossene Erhebung des entrechteten Soldaten zum mündigen Staatsbürger. An der Front erhob sich eine mächtige Woge der Befehlsverweigerung, Soldatenverbrüderung und Fahnenflucht.

Seit Pugatschews Kosaken- und Bauernaufstand (1773/74) war die Bauernschaft, die eigentliche soziale Basis des bisherigen Staats- und Gesellschaftssystems, das Menetekel des Regimes gewesen. Jetzt stand die wirkliche Revolution unter der entschiedenen Forderung »Der Boden den Bauern!« Nächst dem Antikriegsruf war dies die verbreitetste Losung, zumal sie in der zahlreichsten, etwa 80 Prozent betragenden Bevölkerungsmasse erhoben wurde. Man verlangte die Enteignung des großen Grundbesitzes und zumeist die Übergabe des Bodens an die traditionellen Dorfgemeinden zwecks Nutzung durch bäuerliche Produzenten – und dies wurde bereits praktiziert: durch Inbesitznahme zaristischer Ländereien, Überfälle auf adlige und bürgerliche Gutsherren, Konfiskation von Land, Gebäuden, Vieh, Saatgut, Gerätschaften. Der blanke Hunger in den Städten und an der Front verschärfte die Agrar- und Bauernfrage zu einem der beiden entscheidenden Entwicklungsprobleme der Revolution.

Das Proletariat war mit nur vier Prozent ein sehr geringer Teil der Bevölkerung. Es rekrutierte sich aus Facharbeitern spezialisierter Betriebe, war in Fabriken der Großindustrie, durch ungelernete Arbeiter ergänzt, in erheblicher Anzahl konzentriert (Putilowwerke ca. 30 000 Arbeiter) und – im Vergleich mit allen anderen Gesellschaftsschichten – eine zu politisch-sozialer Organisation und revolutionärer Kollektivaktion befähigte Klasse. Diese »Beginner« oder sogar Schrittmacher des Februarumsturzes stritten nun mit Hilfe ihrer Gewerkschaften und neuen Fabrikkomitees für achtstündigen Arbeitstag, höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen in Großindustrie, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Kleinproduktion und Bergwerken. Das Unternehmertum und die frischgebackenen Regierungsvertreter sahen als Hüter des bürgerlichen Eigentums in den Proletariern eine Gefahr für kapitalistische Ausbeutung, liberalistische Freiheiten des Managements und die ohnehin durch Krieg gestörte Kapitalbewegung.

Die Landtage und die weiteren, zumeist bürgerlich dominierten Nationalvertretungen Finnlands, des Baltikums, der Ukraine, des Kaukasus, der Regionen des asiatischen Ostens verschärfen die allgemeine Krise durch die nationale Frage. Sie beanspruchten zumindest eine kulturelle Autonomie, radikalisierten sich aber in Finnland, Polen, der Ukraine zur Forderung nationaler Selbstbestimmung und staatlicher Souveränität, also nach Trennung von Russland.

Indes begriff sich die Provisorische Regierung in Petrograd als die Zentralgewalt des insgesamt überkommenen Staatsterritoriums. Sie suchte den Fortbestand des von den Russen beherrschten Nationalitätenverbunds – die großrussische Einheit – zu bewahren, war aber nicht imstande, die zentrifugalen Kräfte des Riesenreiches zu be-

wältigen. Das Staatsziel der Regierungliberalen war anfangs die konstitutionelle Monarchie. Jedoch der Druck republikanisch gesinnter Demokraten und insbesondere der Sowjets bewirkte ziemlich rasch eine Schwenkung zur bürgerlich-parlamentarischen Republik. Die amtlichen Verlautbarungen hierzu und überhaupt zu allen allgemeinen Problemen besagten: Noch seien die Gesetzesbeschlüsse einer »Konstituierenden Versammlung« abzuwarten, die den Verfassungsstaat gründen müsse. Aber die Wahlen zu dieser Konstituante wurden wegen der Unruhe des Landes fortwährend hinausgeschoben.

Die genannten Konflikte kennzeichnen eine »bürgerlich-demokratische Revolution« in Kriegszeiten und in einem Vielvölkerstaat, der bislang autokratisch regiert worden war, wobei halbfeudale Privilegien, Eigentumsrechte und Strukturen noch immer bestanden. Es ist denkbar, dass die Konfliktlösung durch eine kräftig entwickelte, strategisch entschlossene Bourgeoisie möglich gewesen wäre. In Wirklichkeit freilich stand die russische Bourgeoisie auf einer relativ niederen Entwicklungsstufe; sie hatte sich von der Protektion durch den zaristischen Staat nicht abgenabelt. Nicht wenige Unternehmer industrieller und agrarischer Großbetriebe wirtschafteten noch mit staatskapitalistischem Eigentum des gestürzten Regimes.⁷

Um Russlands Situation zu verdeutlichen, sei diese mit der Französischen Revolution von 1789 verglichen und auf eine schwerwiegende Differenz hingewiesen. In Frankreich bestand die »Konstituierende Nationalversammlung« (Konstituante) bereits bei Revolutionsbeginn; sie antwortete auf den Bastillesturm und die Bauernrevolten binnen weniger Wochen mit der berühmten »Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte« (26. August 1789) und befriedigte damit fürs erste den spontanen Willen der Massen. In Russland dagegen mussten die immerzu aufbrandenden Volksbewegungen zehn Monate lang auf die Konstituante warten. Die insgesamt siebenmal wechselnden Ministerkabinette des Jahres 1917 balancierten im Kraftfeld widersprüchlicher Interessengruppen ohne grundgesetzliche, d. h. auf eine Verfassung sich gründende Beschlüsse. Die »Konstituierende Versammlung« war eine Fata Morgana, die Millionen von Russen vorschwebte, ihnen aber auch andauernd entzogen wurde.

»Revolutionäre Demokratie« – in der bürgerlichen Revolution

Immerhin konnte sich die »Februarregierung« auf eine ihr gemäß bürgerliche Vereinigung stützen: die Konstitutionell-Demokratische Partei (»Kadetten« genannt) mit 60 000 Mitgliedern, zumeist in den Städten. Doch zusehends wurde sie von der weit größeren Bewegung der Sowjets überflügelt. Vier Wochen nach dem Zarensturz versammelten sich 470 Abgeordnete von 185 Sowjets der Städte, der Armee und der baltischen Flotte in Petrograd, um den wildwuchernden Massenaktionen ein Zentrum zu schaffen. Diese »Gesamtrussische Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten« bezeichnete sich selbst als Institution der »revolutionären Demokratie«. Sozialrevolutionäre, Menschewiken, Bolschewiken und Parteilose fassten Beschlüsse zu den Kardinalfragen der aktuellen Umwälzung.

Entscheidend waren Situationsanalyse und Haltung zur bürgerlich-liberalen Regierung. Die Sowjetdeputierten sahen sich im fortschreitenden Prozess der bürgerlich-demokratischen Revolution. Sie

7 Über die Allmacht des Staates siehe Wadim Meshujew: Russlands Geschichte ist die Geschichte des russischen Staates, in: Michael Brie, Ewald Böhlke (Hrsg.): Russland wieder im Dunkeln. Ein Jahrhundertstück wird besichtigt, Berlin 1992, S. 21 ff.; vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 32 ff.

anerkannten das Provisorische Ministerkabinett in der augenblicklichen Entwicklung, beanspruchten aber für sich selbst die Funktion, die Staatsführung »politisch zu kontrollieren« und zu revolutionären Konsequenzen zu treiben: Regierung und Staatsorgane müssten einen »energischen Kampf« gegen die zaristische Konterrevolution führen, Maßnahmen zur »vollständigen Demokratisierung des gesamten russischen Lebens« treffen und einen »allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker« herbeiführen. Doch man werde der Regierung »eine entschiedene Abfuhr« erteilen, wenn sie versuchte, sich der »Kontrolle durch die Demokratie zu entziehen« oder von der »Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen abzuweichen«.⁸

8 Entschließung der Gesamtrussischen Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über die Provisorische Regierung (1./14. April 1917), in: Die Russische Revolution, S. 224 f.

9 Entschließung der Gesamtrussischen Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über den Krieg (30. März/12. April 1917), in: Ebenda, S. 221 ff.

Die wichtigste Entschließung im einzelnen betraf den Weltkrieg.⁹ Die Deputierten riefen die Völker der Verbündeten und der gegen Russland kämpfenden Länder auf, von ihren Regierungen den Verzicht auf Eroberungen und Kontributionen zu erzwingen. Das Ziel war ein Frieden gemäß den Prinzipien »Brüderschaft und Gleichheit freier Völker«. Solange dies jedoch nicht erreicht, also der Krieg fort dauern werde, müsse das »revolutionäre Russland gegen jegliche Schläge von außen« verteidigt, das Volk »für die Festigung von Front und Hinterland« mobilisiert werden. Man hegte die Befürchtung, ein Separatfrieden Russlands mit den Kaiserstaaten Deutschland und Österreich schwäche die bürgerlich-demokratische Entente, begünstige den reaktionären deutschen Militarismus und mache ihn zur allgemeinen Gefahr für ganz Europa. Auf diese Weise bejahten die russischen »Vaterlandsverteidiger« von 1914 wiederum den Krieg; sie deklarierten diesen aber mit Berufung auf den Februarumsturz als »revolutionäre Verteidigung«.

Der Krieg beeinflusste ebenfalls die Entschließung zur Lage der Arbeiterklasse. Man bekannte sich zwar zur »Notwendigkeit des unmittelbaren Kampfes zwischen Arbeit und Kapital«, wollte ihn aber »abstimmen« mit den Aufgaben »der noch nicht vollendeten Revolution« und der Landesverteidigung. Das lief auf eine situationsbedingte Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitern und Unternehmern hinaus. Allerdings sollte die Regierung ein Gesetz zur Einführung des achtstündigen Arbeitstages ohne Lohneinbuße erlassen.

Die Beschlüsse zur Agrar- und Bauernfrage trugen deutlich die Handschrift der Sozialrevolutionäre, der größten aller Parteien und zugleich der traditionellen Interessenvertreter des Landvolkes.¹⁰ Sie verlangten die Abschaffung der halbfeudalen Stände, damit die bislang rechtlich benachteiligten Bauern endlich die staatsbürgerliche »Gleichheit« gewannen. Die vom Adel beherrschten ländlichen Vertretungskörper (»Semstvos«) sollten von Selbstverwaltungen abgelöst werden, deren demokratische Organe auf einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht mit direkter und geheimer Abstimmung beruhten. Im Mittelpunkt der Agrarfrage stand das Problem der Grundherrschaft und somit des großen Bodeneigentums. Möglichst sofort sollte die Regierung die Ländereien der Zarendynastie, der Kirche und der Klöster konfiszieren. Alle weiteren Gesetzesbeschlüsse wurden der künftigen Konstituante überantwortet – mit einer Forderung, die auf nichts Geringeres als eine soziale Revolution abzielte: »ent-

10 Entschließung der Gesamtrussischen Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über die Agrar- und Bauernfrage (3./16. April 1917), in: Ebenda, S. 228 ff.

schädigungslose Enteignung des gesamten privatbesitzlichen Bodens zum Zwecke der Übergabe an des werktätige Volk«.

Die Deputierten wählten ein Zentrales Exekutivkomitee (ZEK) mit Sitz in der Hauptstadt. Diese permanente Vertretung der Arbeiter- und Soldatensowjets stand einstweilen unter der Führung einer überwiegenden Mehrheit von Sozialrevolutionären und Menschewiken, während die kooperierenden Bolschewiken an Zahl und Einfluss eine Minderheit blieben. Die Beschlüsse und die landesweite Vernetzung der Sowjets verhiessen die Absicht, alle Kräfte der »revolutionären Demokratie« sammeln und die bürgerliche Revolution bis zur Gründung einer Republik mit demokratischen Wahlen, Parlament und Souveränitätsrechten des Volkes vorantreiben zu wollen. Da unter den Gewählten gebildete Revolutionäre waren, verstand das Exekutivkomitee seine Aufgaben als historisch bedeutend und nicht ohne Erinnerung an die vergleichbare Rolle der Jakobiner in der Großen Französischen Revolution.

Die Zeitgenossen gewahrten, dass sich zwischen der bürgerlichen Regierung und den Sowjets ein Dualismus herausbildete, der als »Doppelherrschaft« bezeichnet wurde.

Konzept des radikalen Kurswechsels

Am 3. (16.) April 1917, dem letzten Beratungstag der Sowjetdeputierten, kam der Bolschewik W. I. Lenin mit Hilfe der deutschen Geheimdiplomatie aus dem Schweizer Exil zurück.¹¹ Er trug ein fertiges Revolutionskonzept in der Tasche, das er am folgenden Tag – ganz ohne konkrete Analyse vor Ort – auf zwei Versammlungen vorstellte. Auf der zweiten Zusammenkunft trafen sich Bolschewiken und Menschewiken, um die jahrelange Spaltung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) in zwei rivalisierende Fraktionen zu überwinden. Sie mussten sich aber eine lange Ansprache Lenins anhören, die herausfordernde Grundsätze enthielt.

Diese »April-Thesen« waren eine radikale Alternative zu den Beschlüssen der vortägigen Sowjetberatung.¹² Der Redner bezeichnete den Klassencharakter der Provisorischen Regierung als »kapitalistisch«, ihre äußere und kriegsstrategische Politik schlechthin als »räuberisch« und »imperialistisch«. Deshalb sei »revolutionäre Vaterlandsverteidigung« nichts anderes als eine opportunistische Phrase und mit Entschiedenheit abzulehnen. Er sprach von Bedingungen, unter denen die Landesverteidigung allein zu rechtfertigen und als »revolutionär« zu bezeichnen wäre: »a) Übergang der Macht in die Hände des Proletariats und der sich ihm anschließenden ärmsten Teile der Bauernschaft; b) Verzicht auf alle Annexionen in der Tat und nicht nur in Worten; c) tatsächlicher und völliger Bruch mit allen Interessen des Kapitals.« Den Krieg mit einem wahrhaft demokratischen Frieden zu beenden, sei ohne den »Sturz des Kapitals« ganz unmöglich.

Wer von den Zuhörern glaubte, hier werde über eine proletarische Revolution der Zukunft gesprochen, wofür die gesellschaftlichen Verhältnisse Russlands vorerst noch reifen müssten, wurde eines anderen belehrt. Lenin verwarf die Strategie, die von den Deputierten der Arbeiter- und Soldatensowjets beschlossen war. Anstatt die Provisorische Regierung nur »kontrollieren« und im Verlauf der bürger-

11 Über die merkwürdige Empfangssituation am Finnländischen Bahnhof: Robert Service: Lenin. Eine Biographie, München 2002, S. 346 ff.

12 W. I. Lenin: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution, in: Ders.: Werke (im Folgenden: LW), Bd. 24, Berlin 1959, S. 3 ff.

lichen Revolution für »möglichst viel Demokratie des Volkes« streiten zu wollen, müsse die »gegenwärtige Lage« ganz anders und richtiger beurteilt werden: Die bürgerliche Revolution sei bereits an ihr Ende gekommen! Jetzt müsse ein »Übergang von der ersten Etappe«, in der die Bourgeoisie an die Macht gelangte, zur »zweiten Etappe der Revolution« erfolgen. Die kapitalistische Regierung müsse bekämpft und sobald wie möglich gestürzt werden. Die Bolschewiken, obwohl noch in der Minderheit, müssten die Massen darüber aufklären, dass »die Sowjets der Arbeiterdeputierten die *einzig mögliche* Form der revolutionären Regierung« seien.

Als Ziel dieses Kampfes nannte Lenin einen republikanischen Volksstaat. Dieser sei nach dem historischen Vorbild der Pariser Kommune von 1871 zu gestalten: »von unten bis oben« – d. h. durch demokratische Wahlen der lokalen und regionalen Volksvertretungen bis hinauf zur Staatsspitze und dominiert von den »Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten«. Polizei, Armee und Beamtenschaft sollten beseitigt, die Streitkräfte des stehenden Heeres durch eine allgemeine Volksbewaffnung ersetzt werden. Die künftigen Bediensteten der Staatsverwaltung (besoldet mit dem Lohn eines Facharbeiters) sollten »wählbar und jederzeit absetzbar« sein. Lenin bezeichnete das Proletariat als die führende Klasse der Revolution. Daher müssten die Sowjets der Arbeiterdeputierten das Bankwesen beaufsichtigen, vor allem die »Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse« übernehmen. Zwecks Lösung der Agrarfrage verlangte auch er die Konfiskation der adligen und bürgerlichen Gutsbesitzerländereien. Das noch offene Problem, wie mit dem beschlagnahmten Grundeigentum zu verfahren sei, umschrieb er sinngemäß mit der von den Sozialrevolutionären vertretenen Programmatik: »Nationalisierung des *gesamten* Bodens im Lande«.

Während die lokalen Basisorganisationen der Menschewiken und der Bolschewiken mehrheitlich (54 von 73) eine Wiedervereinigung in der SDAPR beschlossen hatten, negierte Lenin auch diese Bestrebung. Die Hauptthesen seines Programms lauteten: statt Vereinigung der Bolschewiken mit dem menschewistischen und außerrussischen Sozialdemokratismus – Gründung einer eigenständigen »Kommunistischen Partei«; statt Anerkennung der Provisorischen Regierung – Stärkung der Sowjets; statt Konstituierung einer bürgerlich-parlamentarischen Republik – Bildung eines »Kommunestaates«.

Die »April-Thesen« waren der Fehdehandschuh, den Lenin gegen die sozialdemokratischen »Vaterlandsverteidiger« schleuderte. Nach seinen Worten: gegen den »*Block aller* kleinbürgerlichen opportunistischen Elemente«. Er benutzte die Meinungsverschiedenheit über die Art und Weise der Kriegsbeendigung, um die soeben gebildete Einheit der »revolutionären Demokratie« zu sprengen und die Bolschewiken, die künftige »Kommunistische Partei«, zur Avantgarde der sozialen Umwälzung zu machen. Indem er die soziale Revolution an Stelle der bürgerlich-demokratischen Revolution auf die historische Tagesordnung setzte, warf er bisherige Strategien über den Haufen.

Kritik der Kritik

Lenins Revolutionskonzept wurde von den anwesenden Menschewiken und den meisten Bolschewiken abgelehnt.¹³ Weil schon seit der Jahrhundertwende die These des Anarchismus bekämpft wurde, wonach der moderne Kapitalismus in Russland keineswegs ausreifen müsse, um den Sprung zum Sozialismus zu wagen, geriet nun Lenin selbst in den Vorwurf »anarchistischer Demagogie«. Man vertrat marxistische Argumente: Die ökonomisch-soziale Rückständigkeit des ganzen Landes gestatte noch gar keinen Übergang zu einer »zweiten Etappe« der Revolution, in der die Bourgeoisie zu stürzen sei. Wiederholt wurde an Friedrich Engels erinnert, der am Beispiel Thomas Müntzers die Tragik eines vorzeitigen sozialen Revolutionärs dargelegt hatte – woraus die Warnung spreche: »der sicherste Weg in den Untergang ist, die Macht verfrüht zu erobern.«¹⁴ Die entschiedenste Erwiderung auf Lenins strategische Offensive lautete: »Von diesem Podium aus ist die Fahne des Bürgerkrieges in der revolutionären Demokratie aufgepflanzt worden.«¹⁵

Die Debatte wurde in der Presse fortgesetzt. »Jedinstwo«, Organ der Menschewiken, berichtete am nächsten Tag über Lenins Ansprache polemisch, weil er »nicht einmal« die Frage stellte, »ob die Bedingungen für die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft reif seien.«¹⁶ Nachdem die »April-Thesen« in der bolschewistischen »Prawda« publiziert wurden, sprach Redaktionsleiter L. B. Kamenew von einer »persönlichen Meinung des Genossen Lenin«. Er erklärte dessen »Schema« für unannehmbar: »insoweit es davon ausgeht, dass die bürgerlich-demokratische Revolution *abgeschlossen* sei, und insoweit es auf die sofortige Umwandlung dieser Revolution in eine sozialistische berechnet ist.«¹⁷ Der Altbolschewik widersetzte sich Lenin mit Überzeugungen, die dieser selbst während der Revolution von 1905 vertreten hatte.¹⁸ Er warnte vor der Gefahr, dass die »revolutionäre Sozialdemokratie«, die doch eine Partei der proletarischen Massen sein müsse, ihre Beziehungen zum Volk verlieren und sich als »Gruppe kommunistischer Propagandisten« isolieren könnte.

Auch G. W. Plechanow, angesehener Parteigründer der SDAPR, zugleich »Vaterlandsverteidiger« und persönlich von Lenin angegriffen, wandte sich am 9./22. April gegen den Verfasser der »jetzt berühmt gewordenen Thesen«.¹⁹ Lenin urteile »außerhalb der Bedingungen von Ort und Zeit«, er operiere »ausschließlich mit seinen abstrakten Formeln«. Plechanow berief sich auf Marx und dessen Vorwort »Zur Kritik der politischen Ökonomie«: »Wenn der Kapitalismus in einem bestimmten Land noch nicht jene höchste Stufe erreicht hat, auf der er zu Fesseln für die Entwicklung seiner Produktivkräfte wird, so ist es sinnlos, die Arbeiter in Stadt und Land sowie den ärmsten Teil der Bauernschaft dazu aufzurufen, ihn zu stürzen.« Dieser Grundsatz werde von Lenin ignoriert. Indem er schon jetzt den sofortigen »Bruch mit allen Interessen des Kapitals« erkläre, beabsichtige er im wirtschaftlich und sozial unreifen Russland der Gegenwart, die »sozialistische Revolution« zu beginnen. In Wirklichkeit bestehe sein »Bruch« in etwas ganz anderem: »Tatsächlich bricht er völlig mit allen auf der Theorie von Marx beruhenden Voraussetzungen einer sozialistischen Politik [...].«²⁰

13 Kamenew und weitere führende Bolschewiken (ausgenommen A. Kollontaj und A. Schlapnikow) waren von Lenins Konzept völlig überrascht: Er werde wohl »wieder zur Vernunft kommen, sobald er die lange Trennung von der Heimat überstanden« habe. Sogar seine Frau N. K. Krupskaja soll an seiner geistigen Verfassung gezweifelt haben. Nach den Quellen bei Service: Lenin, S. 348, 353.

14 Information zur Beratung von Vertretern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands über die Vereinigung beider Flügel und über die Stellungnahme zu den Aprilthesen W. I. Lenins (Jedinstwo, 4. April 1917), in: Die Russische Revolution, S. 233 ff. Zur Einschätzung Thomas Müntzers siehe Friedrich Engels: Der deutsche Bauernkrieg, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 7, S. 400.

15 Die Russische Revolution, S. 235.

16 Ebenda.

17 L. B. Kamenew über die Position der »Prawda«-Redaktion zu den Aprilthesen von W. I. Lenin (8. April 1917), in: Ebenda, S. 237 f.

18 Zur Zeit der Revolution von 1905 schrieb Lenin folgende Sätze: »Der Marxismus hat unwiderruflich mit den Phantasien der Volkstümler und der Anarchisten gebrochen, als ob beispielsweise Rußland die kapitalistische Entwicklung vermeiden, dem Kapitalismus ausweichen oder ihn überspringen und einen anderen Weg einschlagen könne als den Weg des Klassenkampfes auf dem Boden und im

Rahmen eben dieses Kapitalismus. [...] Und aus diesen Leitsätzen folgt, daß es ein *reaktionärer* Gedanke ist, die Erlösung der Arbeiterklasse in irgend etwas anderem zu suchen als in der weiteren Entwicklung des Kapitalismus. In solchen Ländern wie Rußland leidet die Arbeiterklasse nicht so sehr unter dem Kapitalismus als vielmehr unter der ungenügenden Entwicklung des Kapitalismus.«

W. I. Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, in: LW, Bd. 9, Berlin 1966, S. 36 f.

19 G. W. Plechanow: Über Lenins Thesen und warum Fieberphantasien bisweilen interessant sind (Jedinstwo, 9.-12. April 1917), in: Plechanow: 1917 – zwischen Revolution und Demokratie. Eine Auswahl von Artikeln und Reden aus den Jahren 1917/1918, hrsg. v. W. Hedeler u. R. Stoljarowa, Berlin 2001, S. 23 ff.

20 Kurz nach dem bolschewistischen Oktoberumsturz warnte der todkranke Plechanow in einem »Offenen Brief« noch einmal vor der verfrühten Errichtung der proletarischen Diktatur. Die Arbeiterklasse, nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung, müsse bedenken, dass die Bauern, die schlechthin überwiegende Volksmehrheit, zwar das Land der Gutsbesitzer benötigten, ihre Interessen aber »nicht auf den Sozialismus, sondern auf den Kapitalismus gerichtet« seien. Sie würden daher »beim Aufbau der sozialistischen Produktionsweise ein sehr unzuverlässiger Bündnispartner« sein. Die Folgerung lautete:

Die für die Strategie von 1917 entscheidende Debatte war ein Streit unter marxistisch gebildeten Sozialisten. In der ungemein schwierigen Situation des ganzen Landes, seiner revolutionären und kriegerischen Verwicklungen, wusste niemand eine sichere, zudem unblutige Konfliktlösung. Wollte man Lenin zugute halten, wie sehr das Morden an allen Weltkriegsfronten eine Herausforderung war, um frühere Revolutionskonzepte zu überdenken und eine sofortige Alternative zum allseits imperialistischen Krieg zu verlangen – so lebte das Verantwortungsgefühl für die Schicksalsfragen des eigenen Volkes und der Menschheit allerdings auch in den anderen Sozialisten. Deren Kritik an den »April-Thesen« ist jedoch von Lenin und der wachsenden Schar seiner Parteigänger als Gesinnungslumperei und Verrat an der Revolution verteufelt worden.

Nachbemerkung: Wer und was bestimmt die Geschichtsbilder?

Ideen und Handlungen der Vergangenheit sind primär nur aus ihren zeitgenössischen Verhältnissen zu begreifen – also nicht anders als durch konkret historisches Erinnern zu reproduzieren. Im Fall der Russischen Revolution von 1917 ist zu sagen, was ihre widerstreitenden Akteure unter den damaligen Bedingungen und Konflikten tun wollten und tun konnten: was sie erhofften, erreichten, *aber auch verfehlten*. Die Geschichtsschreibung erfüllt diese Aufgabe allerdings nicht ohne Berücksichtigung der historischen Erfahrungen, die den Nachlebenden durch zeitlichen Abstand, Überschaubarkeit der Ereignisse und ihrer Folgen zugewachsen sind.

Im vergangenen Sozialismus, der nach dem Typus der Sowjetunion gestaltet war, galt ein Selbstverständnis von »Siegern der Geschichte«: Man glaubte, auf der »gesetzmäßigen« Bahn des Übergangs zum Kapitalismus zum Sozialismus weltweit und erfolgreich voranzuschreiten. Mit solchem Bewusstsein blickte man auf 1917 zurück, wo die Wiege des bolschewistischen Staats und seiner gesellschaftlichen Strukturen gestanden hatte. Das praktizierte Geschichtsbild ließ die bürgerliche Februarrevolution nur als eine Episode unreifer Volkselemente und irrender, sogar bösartiger Führungscharaktere erscheinen – ausgenommen die Tatsache, dass die Organisationsform der Sowjets als Gegenmacht zur Provisorischen Regierung zu gebrauchen war. Alles in allem aber galt die Februarrevolution lediglich als eine Art Overture des heroischen Schauspiels der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution«, dessen steigende Handlung erst mit Lenins Heimkehr und der Proklamation seiner »April-Thesen« begann. Das war gänzlich auf die Revolutionsstrategie des großen Führers festgelegt und übertrieb noch seine sakrosankte Rolle, indem für zeitgenössische Reflexionen zumeist nur Lenin-Zitate als passend galten. Überflüssig zu sagen, dass den Menschewiken, Sozialrevolutionären und weiteren Mitstreitern der revolutionären Demokratie ein sozialistisches Denken aberkannt, dass ihr Tun und Lassen in stereotyper Pauschalisierung als Verräterei »kleinbürgerlicher Parteien« verdammt wurde. Es war ideologische Selbstüberhebung und Befangenheit in bolschewistischer Parteilichkeit, wodurch selbst die Geschichtsschreibung veranlasst wurde, demokratische Entwicklungsmöglichkeiten der Februarrevolution, die außerhalb der Aspekte Lenins lagen, schlechthin zu verneinen.²¹

Heute, nach dem Zusammenbruch des staatsmonopolistischen Sozialismus in Ost-Mittel-Europa und weiten Gebieten Asiens, erscheinen die epochalen Vorgänge von 1917 in einem erweiterten Erfahrungsraum der Weltgeschichte. Sozialisten müssen sich fragen, ob sie die Revolutionsstrategie Lenins noch immer gutheißen – oder ob sie dieselbe historisch-kritisch beurteilen wollen? Auch wenn man anerkennt, dass der bolschewistische Oktoberaufstand angesichts der Gefährdungslage der Russischen Revolution unumgänglich war, bleibt das Problem der von Lenin geleiteten Politik, die nach den endlich erfolgten Landeswahlen die »Konstituierende Versammlung« auseinander jagte, den verfrühten »Sprung« zum Sozialismus wagte, den Bürgerkrieg bewusst als einen »heiligen Krieg« gegen die Kulaken inszenierte.

Gewiss war die innere und äußere Konterrevolution nicht mit Friedenssprüchen zu bannen – eine Zwangslage, die die Bolschewiken mit den früheren Revolutionen der Niederländer, Engländer, US-Amerikaner und Franzosen teilten. Doch allzu oft geschahen voluntaristische Entscheidungen und Verletzungen der human-sozialistischen Befreiungsethik: Übergriffe der Revolutionsstruppen gegen die eigenen Bevölkerungen. Selbst in Lenins Reden, Briefen und Telegrammen steigerte sich der terroristische Ruf nach Erschießungen, Massenhinrichtungen, Konzentrationslagern. Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, von Polen bis Ostsibirien wurde allseits gebrandschatzt, getötet, verhungert, an Seuchen krepirt. Die Toten werden auf rund zehn Millionen geschätzt. Die Schrecken des Bürgerkrieges, seit dem Streit um die »April-Thesen« oft genug warnend beschworen, waren also gekommen. Wenn Lenins Avantgarde mit allen ihren »Berufsrevolutionären«, die sich zu Militärs und Staatsfunktionären mauserten, auch nicht einseitig Schuld trug – sie hatte unter dem Charisma ihres Führers die Risiken gewagt. Einmal im verheerenden Malstrom des verlängerten Weltkrieges, vermochte sie ihre eroberte Macht ohne martialische Gewalt und sogar Staatsterror nicht zu behaupten.

Der in den »April-Thesen« verheißene »republikanische Volksstaat« des Typs der Pariser Kommune blieb gänzlich unerfüllt. In den Wirren von Revolution und Krieg entstanden politisch-»genetische« Erblasten, die die Geschichte des »real existierenden Sozialismus« bis zu seinem Ende beschwerten. Was in Lenins Parteikonzept weit früher schon an Zentralismus und Disziplinierung der Mitglieder, diktatorischem Machtwillen und revolutionärem Terror angelegt war, realisierte sich in den Notsituationen des Regimes – und gebar ein durchaus problematisches Kriegsergebnis: die Diktatur der Elite einer Kampfpartei, die die demokratischen Errungenschaften der Februarrevolution für alle Zeit abschaffte. Nicht genug, dass die bürgerlichen Parteien verfolgt, dass staatliche Gewaltenteilung, Pressefreiheit, freie Wahlen und Parlamentarismus verworfen wurden. Die Verbotspraktiken gegen Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten, Internationalisten, Linke Sozialrevolutionäre und die stetige Anfeindung der Menschewiken (»Monsterprozesse erbarmungslos bis hin zur Erschießung«, Lenin, 17. Mai 1922) verfestigten das Ein-Partei-Regime.

Der Preis, den die Führung der Bolschewiken vom eigenen Volk verlangte, bestand in der politischen Entmündigung der lokalen und

»Wenn das russische Proletariat die politische Macht zur unrechten Zeit erobert, wird es die soziale Revolution nicht durchführen, sondern nur den Bürgerkrieg auslösen, der es letzten Endes zwingen wird, sich weit hinter die im Februar und März dieses Jahres erkämpften Positionen zurückzuziehen.« Plechanow: Offener Brief an die Petrograder Arbeiter (Jedinstwo, 28. Oktober 1917), in: Ebenda, S. 150 ff.

21 Treffendes Beispiel ist das Standardwerk, das von einem Kollektiv der Akademie der Wissenschaften der UdSSR erarbeitet und als »3. durchgesehene und verbesserte Auflage« in deutscher Sprache vom Berliner Dietz Verlag publiziert worden ist: Illustrierte Geschichte der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Berlin 1977.

22 Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, in: LW, Bd. 25, Berlin 1966, S. 369.

23 Derselbe: Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution, in: Ebenda, Bd. 33, Berlin 1966, S. 38.

24 Ebenda, S. 2, 31 ff., 93 f.

25 Lenin: Lieber weniger, aber besser, in: Ebenda, S. 474 ff.

26 Mein voriges Diskussionsangebot erschien unter dem Titel: Die Russische Revolution 1917 – 1921. Sieg oder Tragödie? In: Aufstieg und Fall des osteuropäischen Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen (Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher, Bd. 6, hrsg. v. E. Kalbe, W. Geier u. H. Politt), Leipzig 2004; ebenfalls als Broschüre erschienen bei: Helle Panke e. V., Pankower Vorträge, Heft 71, Berlin 2005.

27 Information über die Beratung, Jedinstwo, 4. April 1917, in: Die Russische Revolution, S. 236.

regionalen Sowjets, der Arbeiter- und Bauernkomitees, der Gewerkschaften, sogar dem Fraktionsverbot in den Reihen der Kommunistischen Partei. Was da existierte, war kein »Kommunestaat«, wie die »April-Thesen« angekündigt hatten: »von unten bis oben« demokratisch gegliedert, mit rechenschaftspflichtigen Deputierten und Beamten, vom Volk direkt »wählbar und jederzeit absetzbar«. Zwar gebrauchte der Staatstitel »Sowjet-Republik« den Namen der ursprünglichen Basisdemokratie, die im Frühjahr 1917 als »Revolution von unten« den Volkswillen gegen Zarismus und bürgerliche Regierung verkörpert hatte. Die basisdemokratischen Vereinigungen und Institutionen aber waren dem Regime der Bolschewiken gleichgeschaltet, wenn nicht zerschlagen worden.

Vor dem Hintergrund des ausgebluteten Landes und der noch flammenden Bauernaufstände dekretierten die Bolschewiken auf Vorschlag Lenins im Frühjahr 1921 die »Neue Ökonomische Politik« (NÖP). Sie nannten die dadurch geprägten ökonomisch-sozialen Verhältnisse »Staatskapitalismus« – ein Begriff, mit dem der Vordenker schon früher einmal die Kooperation zwischen kontrollierender Staatsmacht und privater Produktionsweise »zum Nutzen des Volkes« bezeichnet hatte.²² Jetzt besann sich Lenin auf eigene Fehlleistungen. So urteilte er über die Politik, die 1918 den sofortigen »Übergang zum Sozialismus« beabsichtigt hatte, nicht ohne Selbstkritik: »Wir nahmen an, [...] daß wir durch unmittelbare Befehle des proletarischen Staates die staatliche Produktion und die staatliche Verteilung der Güter in einem kleinbäuerlichen Land kommunistisch regeln könnten.«²³ Es sei in Wirklichkeit nur die »bürgerlich-demokratische Revolution« gewesen, die zu Ende gebracht wurde²⁴ (allerdings, so muss kritisch ergänzt werden, ohne freiheitliche Verfassungsrechte, ohne Institutionen bürgerlich-revolutionärer Demokratie). Was hingegen die Partei der Bolschewiken und ihren Staat betraf, die sich rhetorisch andauernd als die »Macht des Proletariats« glorifizierten, so bescheinigte ihnen der vom Tod gezeichnete Führer in seiner letzten harschen Kritik, dass sie ein Herd des Bürokratismus, jedoch »nicht sozialistisch« seien.²⁵

Im 90. Jahr der Erinnerung dürften Gewinn und Verlust der Russischen Revolution ein Gegenstand des Dialogs und der Auseinandersetzung sein.²⁶ Was aber die Kritiker im historischen Streit um Lenins »April-Thesen« im Frühjahr 1917 betrifft, so sind sie wohl von der Geschichte bestätigt worden. Denn Unrecht hatte der Arbeitersoldat nicht, der nach Anhörung der »Thesen« auf der Versammlung am 4./17. April 1917 warnte: »Wenn man den Weg Lenins beschreitet, werden wir nicht nur den Sozialismus, sondern auch die bürgerlichen Freiheiten zugrunde richten.«²⁷